Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. — Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. einschl. 1.50 Mk Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 80 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 264 — Dienstag, den 8. November 1921. — 44 Jahrgang

Neustes vom Tage.

Im Reichstag wurden gestern bei Fortsetzung der Steuerdebatte von links scharfe Eingriffe in das Privatkapital empfohlen und von rechts die finanzielle Unerfüllbarkeit von Versailles nachgewiesen.

Ueber den türkisch-französischen Vertrag herrscht in London Verstimmung.

In den Wandelgängen des Pester Parlaments kam es über den Karlputsch zu einer Abgeordneten-Prügelei.

Ueber die Vertreibung der Deutschen aus dem Elsaß-Lothringischen beklagte sich Deutschland beim Verband.

Das Beamtenbesoldungsgesetz wurde gestern vom Reichsrat angenommen.

In der Ukraine soll die antibolschewistische Erhebung Fortschritte gemacht haben.

Polen verlangt von Rußland strenge Erfüllung des angeblich völlig mißachteten Friedensvertrags.

Der amerikanische Dollar hat bereits einen Wertstand von 303 Mark erreicht.

Die Devisenhilfe des Großgewerbes.

Berlin, 6. Nov. Samstag entspann sich in der Sitzung des „Reichsverbandes der deutschen Industrie" eine ausführliche Aussprache, die besonders den Abgeordneten **Hugenberg** und an zweiter Stelle den Industriellen Dr. **Silberberg**, den Vertreter des Bergbaues im Reichswirtschaftsrat, als Führer der Opposition hervortreten ließ. Der Reichsverband hat eine vom Vorstand vorgeschlagene

Entschließung

angenommen, in der es heißt:

„Unter der Voraussetzung, daß Reichsregierung und Reichstag den ernsten Willen betätigen, eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des staatlichen Lebens durchzuführen und insbesondere die bei den Betriebsverwaltungen bestehenden Mißstände zu beseitigen, und unter der weiteren Voraussetzung, daß die Reichsregierung gewillt ist, hierbei die begründeten und sachkundigen Ratschläge der Industrie nicht wie bisher zu mißachten, hält die deutsche Industrie trotz der inzwischen eingetretenen einschneidenden Schmälerungen der deutschen Leistungsfähigkeit den Münchener Beschluß vom 27. Septbr. aufrecht. Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit eingesetzten Ausschuß, die Verhandlungen mit der Reichsregierung auf der bisher verfolgten Linie fortzuführen, sowie unter Hinzuziehung der deutschen Banken mit ausländischen Finanzleuten Verhandlungen über Form, Höhe und Bedingungen einer

Anleihe

anzuleiten. Der Ausschuß soll die Angelegenheit beschleunigt erledigen, und dabei besonders auf die Frage der Rechtsform, der **Haftbarkeit** nach außen, wie der Verteilung der Haftung auf die gesamt am gewerblichen Leben beteiligten Kreise, ferner die Frage der Verrechnung der durch die Anleihe bewirkten **Vorausleistungen auf Steuern**, die Berücksichtigung der Valuta-Schwankungen und die sonst notwendig werdenden Schutzmaßnahmen durcharbeiten."

Die Münchener Entschließung lautete:

„Die Industrie ist zu Verhandlungen darüber bereit, wie unter Ausnutzung des Kredites, welcher sie im Ausland genießt, der Reichsregierung Geld oder Devisen zur Verfügung gestellt werden können. Die Voraussetzung dabei ist, daß die maßgebenden Kreise der Wirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Banken und Bankiers, in gleicher Weise sich betätigen, und daß unverzüglich wirksame Maßnahmen durchgeführt werden, daß die jetzige Zerrüttung unserer Wirtschaft den Kredit des Reiches und der Privatwirtschaft untergräbt, beseitigt wird."

Ein Kurswechsel gegenüber Rußland.

Im Auswärtigen Amt hat sich ein bemerkenswerter Personenwechsel vollzogen, den man nach allen Dinge als einen auch politisch überaus bemerkenswerten Kurswechsel bezeichnen muß. An Stelle des bisherigen Direktors der Abteilung Ost im Auswärtigen Amt, Behrend, ist Legationsrat **Maltzahn zum Chef dieser Abteilung ernannt worden.**

Man kann in dieser Maßnahme den Verzicht auf die bisherige, unter dem Reichsaußenminister Rosen beliebte Orientierung der deutschen Außenpolitik gegenüber Rußland erblicken. Wir haben an dieser Stelle wiederholt die Passivität des deutschen Auswärtigen Amtes gegenüber Rußland und der bedeutungsvollen Entwicklung, die sich in letzter Zeit dort vollzogen hat, beklagt. In anderer Beziehung wieder war die russische Abteilung des Auswärtigen Amtes zu aktiv, nämlich, wenn es sich darum handelte, negative Politik zu machen, also die Anbahnung bestimmter Beziehungen wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Natur gegenüber Rußland für das deutsche Interesse zu nutzen. Durch den Kurswechsel, der jetzt vorgenommen ist, will man auch eine einheitliche Linie in der politischen und wirtschaftlichen Einstellung Deutschlands gegenüber Rußland wie überhaupt gegenüber dem Osten erzielen.

Wenn auch gewiß das heutige Rußland nach seiner politischen Seite hin mit großer Zurückhaltung beurteilt werden muß, wie sich auch aus dem ein taktisches und vor allem propagandistisches Manöver darstellendes Angebot der Sowjetregierung auf Anerkennung der Zarenschulden ergibt, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich ein großer Wandel in Sowjetrußland anzubahnen scheint. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch gehen die Sowjetisten von ihrer bisher beobachteten Linie in entscheidenden Punkten ab. Man braucht nur daran zu erinnern, daß sie jetzt selbst mit den Menschewisten und Sozial-Revolutionären eine Koalition einzugehen bereit seien.

Diese Dinge müssen sorgfältig beobachtet werden. Für Deutschland spielen zunächst die wirtschaftlichen Momente eine ausschlaggebende Rolle. Es muß alles unternommen werden, damit wir sofort, wenn überraschende Dinge sich vollziehen, auf dem Posten sind, denn, das einzige Feld aktiver Außen- und vor allem Wirtschaftspolitik liegt für uns im Osten. Unter diesem Gesichtspunkt kann man den Kurswechsel im Auswärtigen Amt betrachten. Man kann nur wünschen, daß die vielen Zwischenhemmungen, die sich der Orientierung gegenüber Rußland immer wieder in den Weg gestellt haben, nunmehr ausgeschaltet werden.

Die „erlösten" Reichslande.

Los von Frankreich!

Beim Völkerbund sind, wie dem Berner Havas-Mitarbeiter auf Erkundigung mitgeteilt wurde, bisher keinerlei Forderungen neutralistischer Elemente in Elsaß-Lothringen auf eine Volksabstimmung eingegangen. Falls solche Forderungen an den Völkerbund gelangen sollten, so würden sie als **nicht angenommen** betrachtet werden. Die französische Souveränität über Elsaß-Lothringen sei durch den Völkerbund formell anerkannt worden, weshalb der Völkerbund in keiner **Weise auf eine Kampagne seine Aufmerksamkeit** richten könne, deren Ziel die Revision einer internationalen Vereinbarung wäre.

Die Meldung hat Bezug auf eine Straßburger „Temps"-Meldung, in der gesagt war, unter Leitung des ehemaligen Straßburger Bürgermeisters sei eine neutralistische Propaganda eingeleitet worden, die zum Ziele habe, beim Völkerbund eine Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen zu fordern. Obwohl es sich um eine leicht erkennbare Tendenzmeldung handelt, die gewisse Wirkungen auf die Washingtoner Konferenz ausüben soll, hat sie doch in Frankreich gewisse Beklemmungen über die **Einigkeitsfriedenheit** der Elsaß-Lothringer mit der französischen Politik hervorgerufen, die nicht mehr weggeleugnet werden kann.

Was die Geistlichkeit meint.

Gelegentlich eines Vertretertages der elsäßischen Volkspartei (Zentrum) in Straßburg kam es zu sehr ernsten Zwischenfällen. Auf einer Bezirksversammlung der elsässischen Volkspartei in Grafenstaden am 23. Oktober hatte ein Diskussionsredner ausgeführt, daß er zwar ein guter Franzose sei, wenn aber Frankreich entgegen seiner Versprechungen an den elsässischen Traditionen in Kirchen- und Schulfragen rüttle, so müsse das Land über den Kopf Frankreichs hinweg an den Völkerbund appellieren. Eine entsprechende Entschließung wurde dann auch angenommen. Der Bericht über diese Versammlung **wurde ohne jede Kommentierung in der parteioffiziösen Korrespondenz abgedruckt**

Französische Wirtschaft.

Die unter deutscher Leitung einst blühende Glasindustrie des nun französisch gewordenen Bitscher Landes steht unter französischer Herrschaft dem Ruin entgegen. Die Werke in Münzthal, St. Louis, Maisental und Götzenburg arbeiten nur noch teilweise. Die Folgen davon sind Einlegung von Feierschichten und Entlassung von Arbeitskräften. Am härtesten sind die bekannten Kristallglaswerke von St. Louis betroffen, die fortgesetzte Arbeiterentlassungen vornehmen müssen. Der beste Absatzmarkt für die wertvollsten Glasservices war früher Deutschland, während eine Ausfuhr dahin jetzt nicht in Frage kommt und Frankreich kein Abnehmer für die Kristallwaren ist. Auch die Hoffnung auf amerikanische Ausfuhr hat sich nicht erfüllt. Viele der beschäftigungslosen Arbeiter haben sich, um dem drohenden Hunger zu entgehen, zur Auswanderung entschließen müssen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 7. November.

Berlin, 7. Nov. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Branntweinmonopols in Verbindung mit den **Steuergesetzen**. Auf Vorschlag des Aeltestenrates soll die Anfrage der Deutschnationalen über den

Stand der Valuta

mit der Beratung verbunden werden.

Abg. v. **Braun** (Deutschnat.) begründet die Anfrage und verlangt eine Erklärung der Regierung, wie sie aus der gegenwärtigen Schwierigkeit einer Balanzierung des Haushalts herauszukommen gedenke.

Abg. **Braun-Franken** (Soz.) kritisiert die Rede des Finanzministers, die eine allgemeine Enttäuschung gewesen sei. Es fehle ihr jede Spur von Programm. Des Reichstags Aufgabe sei es, ein Programm zu schaffen, wenn es die Regierung nicht könne. Wenn die Industrie sich gegen die Eingriffe sträubt, so müsse es der Reichstag sein, der ihr solche Eingriffe klarzumachen habe. Sonst müsse sich die Regierung den Vorwurf der **Gewissenlosigkeit** gefallen lassen. Die Mark zu festigen, hält der Redner für möglich. Mit den bisherigen Methoden sei das Problem nicht zu lösen. Energisch in den Kapitalbesitz einzugreifen, dazu **habe der Minister nicht Mut genug.**

Abg. **Herold** (Ztr.): Die Rede Brauns mache den Eindruck, als solle sie eine Aufforderung an Frankreich sein, rücksichtslos seine Forderungen einzutreiben. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Redner warnt vor dem Experiment, an die Stelle der Grundwerte jetzt mit einem Male Extrawerte als Grundlage für die Besteuerung treten zu lassen. Man dürfe schließlich die

Industrie auch nicht mit Steuern erdrücken,

da sie die Zahlung der Entschädigungen möglich mache.

Abg. **Böhm** (B. Volksp.) bedauert, daß die Regierung nicht den Mut hat, dem Verbande einmal offen über unsere Verhältnisse Aufschluß zu geben. Die Steuervorlagen seien jedenfalls ein Beweis dafür, daß wir am Ende unserer Kräfte stehen. Um so schlimmer sei es, daß auch jetzt noch die innere Zerrissenheit nicht verschwiegen wurde.

Abg. **Dietrich**-Baden (Dem.) sieht die einzige Schuld an unserem finanziellen Elend in der Entschädigungslast. Solange der Verband an seinen Forderungen festhält, muß er auch die Verantwortung für unseren Zusammenbruch tragen. Dazu kommt die zunehmende Arbeitslosigkeit im Auslande. Auch daran trägt die Verbandspolitik die Schuld. Bei dieser Schuld muß namentlich unsere Agitation einsetzen. Was die Sozialdemokraten hier von der Notwendigkeit einer Erfassung der Sachwerte vorbringen, zeugt von gänzlicher Unkenntnis und Verkennung der Tatsachen. Die Regierung sollte aber

nicht so viel verschreiben

und Aenderungen erlassen, die doch kein Mensch behalten kann. Eine Anordnung hebt die andere auf, und so kann schließlich nicht eine einzige Steuer zur Veranlagung kommen. Auch uns erscheint die Stabilisierung der Reichsmark das wünschenswerte Ziel. Aber wir sind dagegen, die letzten Barbestände unserer Reichsbank an dieses Experiment zu wagen. Wenn die Entschädigungskommission uns unsere Zahlungen eine Zeitlang stunden würde, könnten wir unsere inneren Schwierigkeiten in Ordnung bringen.

Reichswirtschaftsminister Robert **Schmidt**: Wir wollen unseren guten Willen bei der Erfüllung des Ultimatums zeigen. Mehr haben wir auch bei seiner Annahme nicht versechten können. Wenn der Verband damals auch das Ruhrgebiet besetzt hätte, ständen wir jetzt auch vor dem industriellen Zusammenbruch. Wir müssen die Ausfuhr fördern. Aber auch darin sind wir durch den Verband beschränkt. Ungeheure Mengen französischer Luxusartikel werden eingeführt. Entweder wir trinken nun den

französischen Champagner und Kognak

und pfeifen auf die Entschädigungen oder wir verwerfen den Zugang zu den Wein- und Likörstuben. Hier stoßen wir freilich auf Verständnislosigkeit. Wir wollen einen Gesetzentwurf einbringen, der das wilde Spiel im Devisenhandel einschränkt. Solange der Dollar auf der jetzigen [illegible] auch [illegible]

Abg. Dr. **Heisterich** [illegible] Es ist bezeichnend für unsere Verhältnisse, daß der Reichstag in dieser eigenartigen finanziellen Lage sich einem Minister gegenüber befindet, der seinen Posten nur im Nebenamt ausübt. Er habe festgestellt, daß der Fehlbetrag fast 1½ Milliarden beträgt. Unsere eigenen inneren Bedürfnisse verlangen 191 Milliarden im Jahr. Dazu kommen noch die Entschädigungen mit 74 Milliarden. Mit neuen Gehaltserhöhungen, die bevorstehen, müssen wir aber mit Ausgaben von 120—130 Milliarden rechnen, ohne die Entschädigungen. Es ergibt sich hieraus schon ein Fehlbetrag von 30 Milliarden, wenn wir die Beamtenschaft nicht auf das allernotwendigste Maß beschränken. Wir können den Reichswagen nicht aus dem Sumpf der Bankerottwirtschaft hinausbringen,

wenn der Verband nicht auf seine Forderungen verzichtet.

Der ganze Etat macht 255 Milliarden an Entschädigungen. Wir protestieren dagegen, daß das Wiesbadener Abkommen zustande gekommen ist, ohne den Reichstag zu befragen (Zustimmung), und auch von dem Abkommen mit Polen und dem Kohlenexport über Antwerpen zu jedem Preis hat der Auswärtige Ausschuß keine Kenntnis gehabt. Der Reichsregierung können wir die neuen Steuern um so weniger bewilligen, als

keine Steuern ausreichen

würden, um dem Wahnsinn von Versailles zu entsprechen. Redner protestiert gegen die einzelnen Besitzsteuern und fordert nochmals eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung. Wir wehren uns dagegen, daß die Sachwerte erfaßt werden, um dem Verbande ausgeliefert zu werden. Die festverzinslichen Papiere der Kriegsanleihe müssen von der geplanten Besteuerung frei sein. Die Politik Dr. Wirths steuert dem Abgrunde zu. Die Erfüllung ist unmöglich.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag.

Aus dem Reiche.

Einspruch gegen polnische Gewalttaten.

Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der gegen polnische Gewalttaten Einspruch erhoben wird. Das polnische Ansiedlungsamt hat am 19. Oktober etwa 100 deutschen Ansiedlern in dem an Polen abgetretenen Gebiet mitgeteilt, daß der polnische Staat als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetragen sei und daß die Ansiedler bis 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen haben, widrigenfalls Ausweisung erfolgt.

Zur Beamten-Entlohnung.

Der Reichsrat beschäftigte sich Montag abend mit dem neuen Beamtenbesoldungsgesetz. Die Ausschüsse haben den Entwurf der Regierung unverändert angenommen, freilich unter der Voraussetzung, daß auch im Reichstage der Entwurf ohne Milderung angenommen wird und weiterhin die Reichsregierung sich bereit erklärt, in gewissem Umfange die Mehrkosten, die den Ländern durch die Neuregelung der Besoldung erwachsen und soweit erforderlich, auch den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz tritt rückwirkend vom 1. Oktober an in Kraft. Für die möglichst umgehende Auszahlung der erhöhten Bezüge an die Beamten ist Sorge getragen, sobald der Reichstag die Vorlage verabschiedet hat.

Unterstützung von Invaliden-Rentnern.

Seitens der Regierung wurde dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt, nach welchem die Gemeinden verpflichtet werden, notleidenden deutschen Empfängern aus der Invaliden-Versicherung auf Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Nach dem Entwurf ist die Unterstützung hinsichtlich der Höhe so zu bemessen, daß das gesamte Einkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Alters-Rente den Betrag von 2100 Mark, einer Witwe- oder Witwer-Rente den Betrag von 1800 Mark und einer Waisen-Rente den Betrag von 800 Mark erreicht. Sofern der Empfänger Kinder unter 15 Jahren zu unterhalten hat, soll diesen ein Betrag von 120 Mark für jedes Kind ausgezahlt werden.

Hinsichtlich der Aufbringung der Mittel sieht der Entwurf vor, daß ein Drittel von den Gemeinden, ein weiteres Drittel von den Ländern und das letzte Drittel vom Reich aufgebracht werden soll. Die oberste Landesbehörde hat den Gemeinden Vorschüsse auf ihre Zahlungen zu gewähren. Der Reichsratsentwurf dagegen sieht vor, daß die Gemeinden 90 vom Hundert der verauslagten Beträge monatlich bei der obersten Landesbehörde zur Erstattung durch das Reich anzumelden haben.

Im Sozialen Ausschuß des Reichstages sprach sich der Zentrumsredner, Abg. Andre, dafür aus, daß neben das Versicherungs-Prinzip, das Fürsorge-Prinzip gesetzt werden müsse. Es sei unsozial, den zur Beitragsleistung verpflichteten Personenkreisen für die Invaliden-Versicherung die Folgen aus der Geldentwertung allein auflasten zu wollen. Redner warf die Frage auf, ob die Gemeinden und Länder in der Lage sein werden, diese Drittelungsbeiträge aufzubringen. Der Vertreter der württembergischen Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß, bei dem Stande der Steuergesetzgebung, Unmögliches von den Ländern verlangt werde, während ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Heranziehung der Länder zu dieser Fürsorgemaßnahme zu rechtfertigen versuchte. Die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stellten sich im wesentlichen auf den Boden des Entwurfs. Der Vertreter der Demokraten will die Beiträge zur Invaliden-Versicherung weiter erhöht wissen. Der sozialdemokratische Vertreter äußerte Bedenken gegen das Verfahren nach der prinzipiellen Seite hin.

Ausland.

Polen.

Scharfe Rüge nach Moskau.

In einer Note an Rußland behauptet die polnische Regierung, daß die Sowjetregierung bisher nicht einen einzigen Punkt des freiwillig unterzeichneten Friedensvertrages erfüllt habe, vielmehr den Vertrag mißachtet und seine Erfüllung hinausgeschoben habe. Die Note schließt in der Form eines wenn auch noch nicht befristeten Ultimatums, daß Warschau nunmehr von der Sowjetregierung nicht abermalige Ausflüchte, sondern unverzügliche Erfüllung der Verpflichtungen erwarte.

Ungarn.

Der parlamentarische Revolver.

Nach Sitzung der Nationalversammlung kam es in den Wandelgängen zu einer Prügelszene zwischen dem karlistischen Abgeordneten Smrocznys und dem Abgeordneten Gabriel Benkö. Letzterer hatte in der Sitzung den Zwischenruf gemacht: „Karl war der erste Deserteur!" Smrocznys fragte Benkö, ob er den Zwischenruf gemacht habe. Als Benkö bejahend antwortete, versetzte ihm Smrocznys mehrere Ohrfeigen. Benkö wollte sich zur Wehr setzen, doch warfen sich mehrere Abgeordnete dazwischen. Nun zog Benkö einen Revolver aus der Tasche und wollte auf Smrocznys schießen. Die Waffe wurde ihm jedoch von Freunden Smrocznys aus der Hand gerungen.

England.

Anatolische Eifersucht.

Daily Expreß berichtet, daß Großbritannien bei Frankreich ernste Vorstellungen wegen des französisch-kemalistischen Vertrages erheben will. Die Times meldet, man sei der Ansicht, daß ein weiteres Abkommen zwischen den Franzosen und den Kemalisten bestände, das den Franzosen die Kontrolle der türkischen Gendarmerie überlasse. Der Abschluß eines Sonderfriedens zwischen den Franzosen und den Kemalisten werde im nahen Osten den Eindruck einer gewissen Verschiedenheit der Politik der Alliierten erzeugen. Petit Parisien meldet, daß zwischen Paris und London Verhandlungen eröffnet werden, um festzustellen, in wieweit die englischen Einwendungen gegen den Vertrag von Angora berechtigt sind, und um die Differenzen beizulegen.

Rußland.

Aufstand in der Ukraine.

Ueber einen neuen Aufstand Petljuras melden galizische Blätter: Die Aufständischen griffen auch von Rumänien aus an und sollen die Sowjetbehörden beseitigt haben. Aus Skala und Zbrucz seien bereits die Bolschewisten verdrängt. Die Aufständischen befänden sich im Besitz von Husiatin. Dieser Aufstand soll in Zusammenhang mit jenen in den Gouvernements Kiew und Cherson stehen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Gevelsberg, 7. November.

Zunächst sollte ab 5 Uhr eine gemeinschaftliche Beratung mit den Vertretern des Amtes Ennepe über

Sparkassenfragen

stattfinden. Wegen einer Behinderung (!) waren aber die Milsper Herren nicht erschienen. Da laut Satzung der Sparkasse nunmehr für die vorliegenden Punkte auch Gevelsberg allein zu Beschlüssen in der Lage war, wurde 5½ Uhr in die Verhandlung eingetreten. Vom Sparkassen-Vorstand ist ein Antrag eingegangen, seine

Befugnisse dahin zu erweitern,

daß er künftig in folgenden Angelegenheiten selbständig (d. h. ohne Zustimmung der Bürgschafts-Gemeinden) zu entscheiden habe: Anstellung, Besoldung und Beförderung von Kassen-Beamten; Veräußerung von Grundstücken, die nicht in Zwangsversteigerung erworben wurden; Bau eines Sparkassengebäudes und Erwerb des Bodens dafür. Begründet wird dieser Antrag mit dem Hinweis auf die öffentlich-rechtliche Stellung der Sparkassen und die durch das gewünschte Recht ermöglichte Beschleunigung und Erleichterung dringender Geschäfte.

Beide Gemeinde-Verwaltungen halten dafür, diesen Antrag nicht zu empfehlen, zumal wegen der Besoldungsfrage, weil die vom Sparkassen-Vorstande beabsichtigten erhöhten Gehälter sich mit der für den Kreis Schwelm gültigen Besoldungs-Ordnung nicht decken und Unzufriedenheit in der Beamtenschaft wecken müssen.

Beig. Buschhaus: Ueber diese sowie die übrigen Sparkassenfragen zu beraten, würde sich dann erst empfehlen, wenn der noch auf Tagesordnung stehende Punkt

„Austritt Milspes,

aus der Sparkassen-Gemeinschaft" entschieden ist. Sind diese Trennungspläne ernst? Dann müßten alle übrigen Vorlagen vertagt und ein Ausschuß gewählt werden, der mit dem Amt Ennepe verhandelt.

Bürgerm. Müller: Die Auseinandersetzung mit Milspe würde mindestens ½ Jahr, mithin länger dauern, als die sonst noch vorliegenden Fragen aufgeschoben werden können. Vom Landrat werde die Trennung begünstigt und der Antrag Milspe empfehlend weiter gegeben.

Stadtv. Dr. Hüllenbeck: Ein Ausschuß könne die Sache kaum fördern. Erforderlich sei vor allem ein Beschluß über die Trennung. Stadtv. Dönghaus: Das werde grade durch den Ausschuß erreicht.

Ein solcher wird beschlossen in der Zusammensetzung: Buschhaus, Schemmann, Steinweg und Wilhelmi.

Das Sparkassenpersonal wünscht

bankmäßige Besoldung,

wodurch es höher gestuft sein würde als die gleichaltrigen Magistratsbeamten.

Beig. Buschhaus hält eine solche Ausnahme für ungerechtfertigt. Sparkassenbeamter Ebbinghaus teilt auf Befragen mit, daß ihr Antrag einer Forderung der Gewerkschaft entspreche. Die Dienstleistungen der Sparkassen seien heute erfahrungsgemäß rein banklich.

Die Stadtverordneten entschieden sich einstimmig für gehaltliche Gleichstellung mit der städtischen Beamtenschaft.

Verkauf eines Grundstücks.

Es handelt sich um die Veräußerung des an der Wittener Straße gelegenen (früher Eigenerschen), der Sparkasse gehörigen Hauses, auf das die Stadt Gevelsberg für Bureau-Zwecke Absichten hat. Unsere Verwaltung hat demgemäß den Sparkassen-Vorstand ermächtigt, das Grundstück für etwa 200 000 Mark an die hiesige Stadt abzutreten. Das Amt Ennepe dagegen ist für öffentliche Ausschreibung des Verkaufs und würde dadurch, wenn auch unabsichtlich, das Haus für viel höheren Preis dem Bodenkapital auszuliefern.

Die Stadtverordneten ermächtigten unsere Verwaltung, das Grundstück zu dem bezeichneten Betrag anzukaufen, und behielten sich hinsichtlich des Verhaltens der Sparkasse den Rechtsweg (Entscheidung der Regierung) vor.

Damit waren die Sparkassenfragen erledigt und das Haus wandte sich den ab 6½ Uhr vorgesehenen rein städtischen Angelegenheiten zu.

Der staatliche Baustock ist leer.

Betr. Erhöhung des Gemeindedarlehns an die Eigenheim-Bauunternehmer Faust und Marx muß Stadtbaukretär Graf die betrübliche Mitteilung machen, daß die Regierung ihre Beihilfen zu diesen Zwecken für erschöpft erklärte. Um die auf staatlichen Zuschuß unbedingt angewiesenen Unternehmer zu halten, will die Stadt für den Ausfall aufkommen. Es handelt sich für Herrn Faust um 27 300, für Herrn Marx um fast 17 000 Mark.

Beig. Buschhaus fügt sich der Zwangslage unter Hinweis auf die nächstjährigen Reichszuschüsse für Wohnbauten. Auch Stadtv. Amtl Hedtstück stimmt namens der Linken zu. Stadtv. Schönebeck findet es bedenklich, die Reichsbeihilfen vorweg zu belasten. — Die Vorlage selbst erweckt keinen Widerspruch.

Der Sumpf am Viadukt.

Vom Bauausschuß wird empfohlen, den Sumpf unterhalb der Talbrücke der neuen Bahnlinie Witten—Gevelsberg—Schwelm anzukaufen. Inzwischen hat aber eine der vorbesitzenden Personen ihr Veräußerungsangebot widerrufen, sodaß die Sache sich zerschlägt.

Die Versammlung schließt sich nur noch einer Anregung Wilhelmi an, auf Umschnung des verkehrsgefährdenden Morastes hinzuwirken.

Zur Einfahrt in den Dörkenschen Hof.

Von der Firma Gebr. Dörken wurde der schon einmal von den Stadtverordneten abgelehnte Antrag wiederholt, eine zweite Einfahrt auf ihren Fabrikhof nördlich der Hagener Straße zu gestatten, und zwar neben dem Kaufm. Höngenschen Hause, in 3 m Abstand von ihm. Wie Baukret. Graf erläuternd hierzu bemerkt, empfiehlt der Bauausschuß das Gesuch, weil die bisherige Einfahrt eine Gleisweiche erhalten soll, deren Schienenzungen beim Ueberfahren mit Gespannen einer Beschädigung ausgesetzt wären und auch die Zugtiere (Feststellen der Hufe) gefährden würden.

Stadtv. Emil Hedtstück beantragt Vertagung, bis die Zulassung des Krans entschieden ist, ohne dessen Genehmigung auch wohl die Weiche nicht erforderlich zu sein scheine. — Das Haus beschließt Vertagung.

Neupflasterung am Nirgena.

Baukretär Graf: Es handelt sich um die Gleiskreuzung von Straßen- und Eisenbahn (Talstrecke), wo eine Pflasterung nötig ist, für welche die Stadt vertragsgemäß die Kosten zu tragen hat. Es handelt sich um volle Straßenbreite in 33 m Länge, was 14 000 Mark erfordert.

Beig. Buschhaus fragt, ob denn über den Gleiskörper hinaus die ganze Breite gepflastert werden muß, was Betriebsdirektor Pelz auf Grund der Bestimmungen bejaht. — Die Vorlage findet Annahme.

Neue Fluchtlinie der vorderen Milsper Straße.

Baukretär Graf: Von der Firma Gebr. Schlothoff ist eine Verlegung der Fluchtlinie der Milsper Straße von der Mittel- bis zur Klosterstraße beantragt worden. Hierdurch würde die Richtung begradigt und die Straßenbreite auf 15 Meter etwa verdoppelt werden. Der alte Plan erstreckt sich über den Hammerbach, dessen Ueberbau erhebliche Kosten verursacht haben würde. Die neue Linie schneidet in die gegenüber liegende Böschung nach der Hochstraße zu ein, wo das Gelände alsdann zu einem großen Teil abgetragen ist. Die Firma will 3000 Mk. Beitrag zur Bodenbewegung leisten, das erforderliche Gelände unentgeltlich abtreten und die Straßenabwässer auf ihr Grundstück übernehmen. Der Bauausschuß empfiehlt die Vorlage.

Stadtv. Hüllenbeck unterstützt sie mit Hinweis auf die übersichtliche Gradlegung der Straße und ihre billigere Verbreiterung.

Stadtvo. Brenne und Schmermund befürworten Rückverweisung an den Ausschuß. Stadtv. Hüllenbeck hält aber die Sache für spruchreif, nachdem der Ausschuß schon mehrfach mit ihr befaßt wurde.

Die Versammlung trat dieser Auffassung bei und genehmigte die Vorlage.

Unfallversicherung der Baubeamten.

Baukretr. Graf: Laut Bescheides mehrerer angefragter Gemeinden ist eine Versicherung bei im Außendienst unfallgefährdeten städtischen Baubeamten meist vorhanden, teils durch Vereinigung mit Privatgesellschaften, teils durch Ortssatzung. Mit 1 Ausnahme (Schwelm), wo die Versicherten hälftig mitbezahlen, tragen die Gemeinden den vollen Prämienbetrag.

Dir. Pelz: Vielfach regeln sich die Entschädigungs-Ansprüche verunglückter Beamter gemäß der Besoldungs-Ordnung, wonach sie bei vorzeitiger Dienstunfähigkeit höheres Ruhegehalt beziehen, als ihrem Dienstalter entspricht.

Das Haus vertagte die Angelegenheit zur weiteren Klärung.

Wilde Jagd.

Roman von Alfred Wilson-Barrett.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Emil Hein.

42) (Nachdruck verboten.)

18. Kapitel.

Nach einer unruhig verbrachten Nacht erwachte Anson spät und begab sich in das Frühstückzimmer, hinunter, wo er Estelle und Charters mit der Hälfte der Mahlzeit schon fertig fand. Sein Eintreten wurde von ihnen nicht bemerkt und er konnte sie eine Weile unbemerkt beobachten.

Er bemerkte, daß Estelle noch nie so lieblich ausgesehen hätte wie jetzt, da sie mit ihrem Vater plauderte, entzückt, wieder mit ihm vereint zu sein. Bekleidet war sie in einen jener vornehmen einfachen weißen Stoffe, die englische Frauen in Colombo herstellen.

Endlich blickte sie in Ansons Richtung und erwiderte seinen Gruß mit einem glücklichen Lächeln.

„Sie müssen sich beeilen, mein Junge," sagte Charters, nachdem Anson Estelle begrüßt hatte. „In einer Stunde geht das Schiff ab; wir dürfen nicht zugeben, daß Durand uns diesmal wieder ein Schnippchen schlägt. Wir müssen annehmen, daß er heute Colombo verlassen will. Es ist gut, daß ich alle Offiziere auf diesem Schiffe kenne und wenn wir noch rechtzeitig dort eintreffen, wird es leicht sein, seine Absichten herauszubekommen."

„Aber Papa!" rief Estelle. „Du willst mich doch nicht wieder verlassen?"

„Ich will Durand nicht wieder verlassen," bemerkte Charters ingrimmig. „Wenn er fährt, fahre ich mit ihm — oder ich habe die Opale. Aber glaube nur ja nicht, daß es wahrscheinlich ist, daß er der Versuch machen wird, so frank und frei davonzugehen. Er wird sich derken, daß wir beim Schatze wache halten. Doch, Liebling," fuhr er fort und schaut Estelle mit zärtlichen Blicken an, „ich will dich nicht allein lassen. Ich glaube, ich kann mit Durand allein fertig werden. Anson kommt noch zurück und wird Dich schon von hier wegbringen, wenn ich keine Zeit mehr haben sollte, mich mit Dir zu verständigen, daß Du noch vor Abfahrt des Schiffes an Bord kommen sollst."

Erröternd blickte Estelle Anson an. Dann sagte sie mit einem ein wenig verdächtigen Lächeln: „Du arrangierst da Mr. Ansons Pläne in ziemlich kühler Weise, Papa. Vielleicht würde er es vorziehen, nicht einen so verantwortungsvollen Posten zu bekleiden."

Ansons Erwiderung, die er murmelte, während ein eingeborener Kellner Charters indischen Curry reichte, machte Estelle noch mehr erröten. Anson vergaß fast den Ernst des Augenblickes und hoffte, daß Durand sich wirklich zusammen mit dem armen Charters einschiffen und er zurückbleiben würde — allein mit ihr in dieser bezaubernden Stadt.

Es sollte nicht sein. Während sie noch an dem Tischchen saßen, nachdem sie mit dem Frühstück bereits fertig waren und ihre Pläne besprachen, kam einer der Diener mit der Nachricht, daß draußen ein Knabe mit einem Brief für Charters sei, und dieser ging hinaus, um mit ihm zu sprechen.

Sobald er verschwunden war, verdeckte Estelle sich rasch zu Anson. „Mr. Anson, können Sie Papa nicht dazu überreden, dies aufzugeben — diesen Versuch, die Opale zu bekommen. Papa ist so klug, so waghalsig — und dieser Mann ist so gefährlich, das fühle ich. Was sind diese Edelsteine im Vergleiche zu den Gefahren, die sie mit sich bringen? Ich spreche nicht gerne davon mit Papa, denn ich weiß, er denkt dabei nur an mich und lacht dann über meine Angst, aber — doch ich vergesse ganz, die Opale gehören ja auch Ihnen.

„Ehe Ihrem Vater irgend ein Leid geschehen soll, oder Sie Angst und Schrecken ausgestehen haben, begebe ich mich lieber meines Anteils an diesen Schatze," antwortete er mit warmem Tone, bezaubert von den Augen, die halb bittend, halb befehlend auf ihn blickten. „Wenn Wade aber die Wahrheit gesprochen hat, so stellen die Steine einen enormen Reichtum dar; und das Blut kocht einem im Leibe, wenn man bedenkt, daß das gestohlen, so kaltblütig entschlossen werden soll von solch einem Schurken."

„Aber denken Sie nur an das Unheil, das die Steine fast über jeden gebracht haben, der mit ihnen in Verbindung war," sagte sie traurig. „Der arme Wade, der Matrose, beide mußten sterben und auch Papa war in großer Gefahr. Wir sind so glücklich, daß wir wieder beisammen sind, Papa und ich. Sind die Steine wirklich wert, daß man um ihretwillen so viel wagt?"

Er wollte gerade antworten, als Charters mit einem Stück Papier in der Hand eiligst wieder eintrat. „Lesen Sie das da!" rief er aufgeregt.

Anson nahm das Papier und las:

„Colombo.

Wenn Sie klug sind, fahren Sie mit dem nächsten Schiffe nachhause. Es geht heute ab. Ich habe die Opale und Sie werden sie nie von mir erlangen können. Sie sind mein, weil ich sie in meinem Besitz habe. Sie können mir nicht beweisen, daß ich sie nicht mit Recht besitze; der einzige Weg, durch den Sie sie hoffen können, sie zu erlangen — ist Gewalt. Wenn Sie daran denken, daß man Gewalt wieder mit Gewalt begegnet kann? Sie haben eine Tochter. Ich stehe ganz allein in der Welt da. Sie setzen mein aufs Spiel als ich und ihr Risiko ist größer als das meine; das Ihrer Tochter aber ist noch größer als mein und Ihr Risiko."

Anson ballte die Faust, als er dieses Schreiben las. In diesem Momente würde er seinen Anteil an den Opalen mit Freuden dafür eingetauscht haben, wenn er Durand nur fünf Minuten lang unter vier Augen hätte sprechen können. Das war ja zum Verrücktwerden, daß er nun gar Estelle bedrohte. Anson schaute Charters an, dessen Augen ihm mit zornentflammten Blicken antworteten. Gefahr hin, Gefahr her, sie durften und konnten sich nicht wie kleine Kinder erschüchtern lassen. Sie waren ja zwei gegen einen. Aber auf Estelle mußte man gut achten. Sie durfte das Hotel nicht verlassen, da war sie wenigstens sicher.

Estelle wollte nicht zugeben, daß Anson ihren Vater allein zum Schiffe gehen lasse, da der Ausdruck ihrer Gesichter sie erraten ließ, daß die beiden Männer Nachricht von Durand erhalten haben mußten. So wurde sie denn unter der Obhut einer freundlichen alten Dame, deren Bekanntschaft Anson auf dem Schiffe gemacht hatte und die entzückt war, solch ein liebliches junges Geschöpf behüten zu können, zurückgelassen und Anson und Charters machten sich auf den Weg.

(Forts. folgt.)

Auch das Wasser verteuert sich.

Betriebsdirektor Peitz: Schon im Frieden stelle hier das Kubikmeter Wasser 25 Pfg. und bis Juli 1921 nur auf 65 Pfg. angewachsen. Bei den Ausgaben für Löhne und Stoffe blieben Fehlbeträge, die bisher aus Erträgen des Gaswerks gedeckt wurden, was ein wirtschaftlich unhaltbarer Zustand ist. Um nun einigermaßen auszukommen — unbedingt notwendige Rückgänge fallen dabei nach garnicht ab, nach 20jährigem (!) Betrieb —, soll das Wassergeld von 30 auf 100 Pfg. erhöht werden. Es kommt also für den einzelnen Haushalt (deren 4500 in Gevelsberg vorhanden sind) bei 50 Kbm. Jahresverbrauch nur eine Mehrausgabe von 10 M. in Frage, die ab 1. Dezember berechnet werden soll. Würden die Rohstoffe (namentlich Metalle) noch weiter im Preise anziehen, dann müßten ab 1. Febr. 1922 je Kbm. 1,20 Mk. erhoben werden.

Stadtv. Schmermund: Von einem solchen weitergehenden Bedarf war im Ausschuß nicht die Rede. Man müsse an der 1 Mk.-Grenze festhalten, weil die Abwälzbarkeit dieser Last auf die Mieter beschränkt sei. Beig. Arndt stellt sich auf denselben Standpunkt.

Stadtv. Wilhelmi beklagt den starken Rostabsatz der Rohre. Dir. Peitz: Das rührt von den bei Talsperrenwässern unvermeidlichen Gasen (Kohlensäure und freier Sauerstoff) her, die nach Durchfressung der schützenden Zink- oder Kalkhülle das Eisen angreifen und mitunter zu gänzlicher Verstopfung führen. Hatze hat sich deshalb schon zur Anlage einer etwa 350 000 Mk. erfordernden Entsäuerungs-Anlage (Magermortier-Filter) entschließen müssen, die in Frankfurt a. M. zuerst versucht wurde und sich bewährte. Eine entsprechende Vorlage folgt auch für Gevelsberg.

Die Stadtverordneten bewilligten die 20 Pfg.-Erhöhung, lehnten aber eine weitere Verteuerung ab.

Neuer Beigeordneter.

Bürgerm. Müller: Früher wirkten hier 3 ehrenamtliche Beigeordnete. Dies Kollegium soll wieder vervollständigt werden, auch wenn später vielleicht ein besoldeter Beigeordneter anzustellen wäre.

Beig. Buschhaus: Die Vertretung des Bürgermeisters ist bei dem bisherigen zweiköpfigen Bestand immer gesichert gewesen. Beig. Arndt: Gleichwohl empfehle sich eine dritte Stelle, um Ueberlastung zu vermeiden. Dieser Auffassung schloß sich die Linksmehrheit an.

Beig. Buschhaus: Einschließlich des Bürgermeisters sitzen in der Verwaltung 1 Bürgerlicher und 2 Sozialisten. Bei der nahezu gleichen Fraktionsstärke rechts und links (14 Bürgerliche, 11 Sozialisten) dürfe die Rechte den Beigeordneten beanspruchen. Er schlage deshalb Dr. Hülsenbeck vor.

Stadtv. Emil Hedtstück: Mit Rücksicht auf die Stärke der Fraktionen gebühre das neue Beigeordnetenamt der Linken. Er schlage deshalb Herrn Fettelschoß vor.

In der namentlichen (Zettel-)Wahl entfielen auf die Rechte 12, auf die Linke 15 Stimmen, 1 Zettel war unbeschrieben. Stadtv. Fettelschoß wurde somit gewählt.

Damit endete die öffentliche Sitzung.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, den 8. November.

Das Finanzelend der Gemeinden.

Daß die Teuerungswellen das Finanzelend der Gemeinden vermehren, liegt auf der Hand. Wie ihre rheinischen Kollegen, so haben daher auch die Finanzdezernenten der westfälischen Städte sich mit den kommunalen Finanznöten beschäftigt. Die Klagen sind hier wie dort die gleichen. Auch für Westfalen wurde festgestellt:

Das Reich hat den Gemeinden bis heute nicht einmal den Anteil an der Reichseinkommensteuer für 1920 voll ausgezahlt, für 1921 ist überhaupt noch nichts an die Gemeinden abgeführt. In Westfalen leiden die Gemeinden ebenfalls unter der Tatsache, daß sie Ausgaben bewilligten, ohne ausreichende Deckung zu haben. Mit diesem „System des Fortwurstelns" soll nun unter allen Umständen gebrochen werden, die Gemeinden wollen mit Recht wieder eine sichere finanzielle Grundlage für die Verwaltung erreichen. Zu dem Zweck fordern die westfälischen Finanzdezernenten ebenfalls eine den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung tragende **Verteilung der Steuerquellen** zwischen Reich, Stadt und Gemeinden. Inzwischen geht die Suche vieler Gemeinden nach neuen Steuerarten unentwegt weiter. Viel Neues ist dabei bisher nicht an das Tageslicht gefördert worden. Verschiedene Städte schrauben die Luftbarkeitssteuer erneut in die Höhe, ebenso die Licht- und Wasserpreise.

In Frankfurt a. M., der Apfelweinstadt, erregte es einiges Aufsehen, daß eine städtische Apfelweinsteuer eingeführt werden sollte. Man legte anfänglich, der jährliche Verbrauch stellt sich auf 75 000 Hektoliter, da läßt sich schon etwas herausholen. Im Hauptausschuß war also Stimmung für eine Apfelweinsteuer, aber in der Stadtverordnetensitzung hieß es dann sozusagen allgemein, die Apfelweinsteuer stelle eine ungerechtfertigte Belastung der Bevölkerung und der Frankfurter Apfelwein-Industrie dar. Und richtig, die Frankfurter Stadtverordneten wiesen die unangenehme Steuervorlage an ihren Hauptausschuß zurück, die sie jetzt wohl in die Versenkung verschwinden lassen wird.

*

— **Im Stadtparlament** waren gestern auch wieder die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums anwesend. Sie fanden dabei Gelegenheit, das Maß von Bereitwilligkeit festzustellen, das die Linke einer gerechten und auf den „Schutz der Minderheiten" abgestimmten Zusammenarbeit zwischen den Parteien entgegen bringt. Der sozialistische Block hat leider diese Probe noch nicht immer glücklich bestanden. Auf sein Verhalten hin fiel die Dörken'sche Einfahrtsache abermals einer Vertagung anheim, die praktisch auf eine Verschleppung hinauskommt. Bedauerlicher noch war die Majorisierung der bürgerlichen Stadtverordneten anläßlich der Beigeordnetenwahl, für deren Handhabung es an jedem zureichenden Grund mangelt. Die Frage, ob einem Fraktionen-Verhältnis von 14:16 ein Beigeordneten-Verhältnis von 1:3 oder von 2:2 entspricht, beantwortet sich rechnerisch von selbst. Achtung vor dem Proporz ist aber ein altes Grunderfordernis wahrer Demokratie, von der die Linke ihr Firmenschild herleitet. — Der eigentlichen Stadtverordneten-Sitzung voraus sollte eine Besprechung mit den Milsper Gemeindevertretern über Maßnahmen der Sparkasse gehen. In Uebereinstimmung mit dem ablehnenden Verhalten des Amtmanns Burmann war aber kein einziger Vertreter des Amtes Ennepe zur Stelle. Man hält eben drüben am Gedanken einer eigenen Sparkasse fest, deren Lebensfähigkeit an sich nicht bestritten werden soll, deren Wirtschaftlichkeit — auf den Umsatz bezogen — aber naturnotwendig sinken muß, je höher die Verwaltungskosten gegenüber dem Zinsertrage anwachsen. Die hierin befindete Kirchturms-Politik wirkt umso leidiger, als der bevorstehende innere und äußere Ausbau der gemeinsamen Anstalt auch für Milspe von segensreichem Einfluß begleitet sein würde.

Die Gevelsberger Nahrungsmittelpreise waren auf dem Wochenmarkt am Samstag: Weißkohl Pfund 1,20—1,80; Rotkohl 1,20—1,80; Wirsing 1,80—2,50; Grünkohl 1,50—1,75; Blumenkohl Stück 7—9; Rosenkohl Pfund 6—7; Spinat 2,50—3; Endiviensalat Stück 3—5; Feldsalat Pfund 5—6; Porree oder Lauch Stück 1—1,50; Sellerie 2—3; Mohrrüben-Karotten Pfund 1,20 bis 1,80; Rote-Rüben-Karotten 1—1,50; Steckoder Kohlrüben 0,90—1; Zwiebeln 1,10—1,50; Kochäpfel 2—2,50; Tafeläpfel 2—3,50; Kochbirnen 1—2; Tafelbirnen 1,50—3,50; Kokosnüsse Stück 12; Zitronen 1,50—1,50; Rindfleisch Pfund 11—12; Kalbfleisch 11—14; Schweinefleisch 20 bis 21; Hammelfleisch 11—13; Speck, fett 22—25; Speck, durchwachsen 21—25; Schinken 21—25; Blutwurst, 1. Sorte 14—20; Blutwurst, 2. Sorte 10—14; Leberwurst, 1. Sorte 16—20; Leberwurst 2 Sorte 12—15; Schwartemagen 18—21; Zungenwurst 18—21; Bratwurst 18—22; Jagdwurst 15—18; Plockwurst 24—28; Mettwurst 20—24; Pferdefleisch 8; Pferde-Blutwurst 3; Pferde-Leberwurst 4; Pferde-Bratwurst 10; Pferde-Mettwurst 11; Margarine, lose 19—20; Margarine, Pakete 19,50—20; Naturbutter 37—39; Schweineschmalz 25—27; Käse, Holländer 20—27; Käse, Edamer 27; Käse, Limburger 14—20; Käse, Harzer oder Mainzer Stück 0,70—0,90; Schellfische Pfund 5; Rotbarsch 4; Seehecht 4,50; Salzheringe, Norweger Stück 0,70—0,90; Eier 3,30 Mark.

— **Die Gevelsberger Postbeamten und der Besoldungs-Vorschlag.** Die hiesige Ortsgruppe des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegr.-Beamten teilt uns folgende Entschließung mit: Aus dem Besoldungsvorschlag der Regierung ist zu ersehen, daß man an den maßgebenden Stellen kein Verständnis für die überaus traurige, ja trostlose wirtschaftliche Lage der Beamten in den Besoldungsgruppen 1—6 hat. Nur vom ausgesprochensten Klassenstandpunkt aus sind Unterschiede im Grundgehalt, wie sie zwischen Gruppe 1 mit 7500 bis 12 000 Mark und Gruppe 13 mit 72 000 bis 80 000 Mark in Aussicht genommen sind, zu verstehen. Werden sie Gesetz, so wird damit die Beamtenschaft der unteren Gruppen zur Aufnahme des schärfsten Klassenkampfes gezwungen. Die Beamten der Besoldungsgruppen 1—6 erwarten daher vom Reichstag, daß er erhebliche Verbesserungen zu Gunsten der ärmsten und wirtschaftlich schwächsten Besoldungsgruppen an der Vorlage vornimmt, damit auch diese wenigstens nicht dauernd Not leiden müssen und die neue Besoldungsordnung nicht einen ausgesprochenen Klassencharakter, sondern sie auch vom sozialen Standpunkt aus erträgliches Gepräge erhält.

* **Milspe**, 7. Nov. (Gemeinderatssitzung) von Mühlinghausen findet Freitag nachmittag 5 Uhr im Amtshause statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Mitteilungen über den Verkauf der Straßenbahn Gevelsberg-Milspe-Voerde, Wohnungswesen, Beschaffung und Unterhaltung von Ziegenböcken, Erlaß einer neuen Vergnügungsteuer-Ordnung. — (Die Orgel) der hiesigen evangel. Kirche hat ihre im Kriege abgegebenen Prospektpfeifen durch neue ersetzt erhalten. Im gestrigen Gottesdienst konnte die Gemeinde das schöne Instrument in seinem neuen Schmuck bewundern.

Veranstaltungen.

Dienstag, 8. November.

Milchversorgung: Abs. 7½ Uhr Versammlung der Milchgewerbetreibenden bei Schilken.

Westfalen und Rheinland.

* **Sprockhövel**, 7. Nov. (Einbruch.) Die hiesige Geschäftsstelle des Konsumvereins „Wohlfahrt" hatte in der Nacht zum Samstag unerbetenen Besuch. Von der Hofseite kam er, drang — offenbar gut bekannt mit den örtlichen Verhältnissen — in die Geschäftsräume ein und versuchte hier eine „Kassenrevision". Vergeblich! Um jedoch nicht ganz leer heimzukehren von der nächtlichen Streife, verlud der Besuch sich mit Rauchwaren für Sonntag und die nächsten Wochen.

* **Hagen**, 8. Nov. (Die Stadtverordneten) unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Cuno genehmigten gestern die Zahlung eines Notvorschusses an die Beamten und Arbeiter auf die neue Gehaltserhöhung. Diese bringen dem Haushalt eine Jahresbelastung von 12 Millionen Mk. Ein Vermächtnis des verstorbenen Rentners Hörlinghoff von 454 000 Mark wurde mit Dank angenommen. Zu einer längeren Erörterung führte eine Anfrage über die Unsicherheit auf den Straßen in der Dunkelheit, wofür man die mangelhafte Beleuchtung verantwortlich macht. In der Stadt brennen 440 Gas- und 45 elektrische Lampen. Erstere sollen um 150 vermehrt werden. In dem vom Dessauer Gas-Verf bedienten Stadtteil Altenhagen soll das Werk zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung gegebenenfalls durch Klage angehalten werden. Zur Erhaltung des Emster Waldes von 120 Morgen sollen geeignete Schritte unternommen werden. Schließlich beschäftigte sich Versammlung in langer Aussprache mit den Zuständen am Unterberg (Dirnenviertel). Es wurde ein Antrag des Zentrumsführers Stadtv. von Papen angenommen, wonach Versammlung grundsätzlich die Schließung der Häuser fordert, bis zu deren Durchführung aber Alkoholverkot, Absperrung, Beseitigung der auffälligen Bezeichnungen an den Häusern und Namensänderung für die Straßen verlangt wird.

* Dahlerbrück, 7. Nov. (Fische auf dem Trocknen.) Da an der Glörtalsperre Reparaturarbeiten notwendig geworden waren, wurde sie gestern vollständig abgelassen. In den trocken gelegten Zeit konnten die Fischereipächter bequem ihre Ernte einbringen. Ueber 600 Pfund verschiedene Fische und etwa 50 Pfund Forellen gelangten in ihren Besitz. Zum Teil wurden die Fische an das Publikum, das sich eingefunden hatte, für 6 Mark das Pfund verkauft.

* **Herne**, 7. Nov. (Gesunkenes Kanalschiff.) Am Zechenhafen der Zeche König Ludwig ist infolge Sturmes und starken Wellenganges die ziemlich tief mit Kohlen beladene Holzpütte „Helene Elise" gesunken. Schiffer und Schiffsjunge konnten sich mit knapper Not retten. Der Kahn soll gehoben werden; doch gibt man die Ladung verloren.

* **Bielefeld**, 7. Nov. (Eingegangene Zeitung.) Das hiesige Parteiorgan der USP., der „Volkswille", hat sein Erscheinen eingestellt.

* **Münster**, 7. Nov. (Der gefiederte Preisringer.) Ein Schaubudenbesitzer hatte eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt für denjenigen, dem es gelingen sollte, sämtliche Mitglieder seiner Ringkämpfertruppe zu besiegen. Einem Reichswehrsoldaten von unscheinbarer Statur gelang es, unter dem Hallo des Publikums sämtliche internationalen Ringkämpfergrößen glatt auf die Matte zu legen. Als der Sieger nach dem Verlassen der Bude kaum dreißig Schritte durch den Rummel zurückgelegt hatte, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß ihm ein geriffener Taschendieb die Brieftasche mit dem Siegespreis abgemopst hatte.

* **Siegen**, 6. Nov. (Riesenschwein.) Auf dem Herbstmarkttag erregte ein Riesenschwein Aufsehen. Das Tier hat ein Gewicht von 8½ Zentnern und ist über zwei Meter lang. Allerdings hat es das für ein Schwein ungewöhnliche Alter von 2½ Jahren erreicht. Sein jetziger Besitzer hat es im Frühjahr aus Lübbecke in Westfalen bezogen. Legt man den heutigen Preis zugrunde, der für das Pfund Lebendgewicht bei Schweinen bezahlt wird, so stellt das Tier ein kleines Vermögen dar.

* **Solingen**, 7. Nov. (Aufkauf von Schleifkotten.) In geheimnisvoller Weise vollzieht sich jetzt ein Aufkauf der Schleifkotten an der Wupper. Wer der eigentliche Käufer ist, wissen selbst die Verkäufer nicht. Die Annahme, daß die Wuppersstädte Elberfeld und Barmen hinter der Sache stecken, scheint nicht zuzutreffen. Wahrscheinlich ist der Aufkäufer ein Industrieunternehmen, das sich die Wasserkraft der Wupper sichern will.

* **M.-Gladbach**, 6. Nov. (Kinder von heute.) Ein achtjähriger Schuljunge lockte ein zwei Jahre altes Mädchen an sich und nahm es mit an eine verborgene Stelle in den städtischen Anlagen. Dort schlug der Bursche das Kind in der rohesten Weise und nahm an ihm, wie festgestellt wurde, unzüchtige Handlungen vor. Dann bearbeitete er das arme Kind auch noch mit einem Messer und ließ es dann in hilflosem Zustande liegen. Erst nach einigen Stunden wurde das Kind aufgefunden.

Des Lichts gesellige Flamme.

Zur Kulturgeschichte der Lampe. Von Kurt Meyer-Rotermund (Wolffenbüttel.)

Wenn sich jetzt zur Herbstzeit, wo die Abende immer länger werden, die Hausbewohner wieder „um des Lichts gesell'ge Flamme" sammeln, ist es freilich nicht mehr die im „Lied von der Glocke" gepriesene brave alte Hauslampe. Es war eine sehr bescheidene Lichtspenderin, die Schiller besang, weil blieb sie hinter den ersten Petroleumlampen zurück, und sie wirkte mehr malerisch, weil sie das Zimmer im rembrandtschen Halbdunkel ließ, als praktisch. Immerhin bedeutete sie einen erheblichen Fortschritt auf dem langen Entwicklungsgange, den dieser unentbehrliche menschliche Gebrauchsgegenstand zurücklegte. Sein Alter ist sehr ehrwürdig. Bereits die Aegypter und Juden hatten lampenartige Leuchter, die ihnen als Sinnbild der Unsterblichkeit galten und in die Gräber gestellt wurden. Die älteste Form der Lampe scheint der Schale einer Mandelnuß geglichen zu haben. In den länglichen Becher tat man das aus der saftigen Olive gewonnene Oel und legte den Docht hinein. Da man für Beleuchtung der Tempel einer größeren Anzahl von Lampen bedurfte, verband man mehrere Lampen und kam so zum Leuchter, ja man erfand schon sehr früh die Lichtscheuzer und Löschnäpfe, um das Tropfen bezw. den Qualm zu verhindern. Von den Aegyptern übernahmen die Griechen die Lampen und verbesserten sie. Indessen blieben sie, auch bei den Römern, viele Jahrhundert höchst unvollkommen.

Bis in das Mittelalter hinein behalf man sich in den nicht allzu großen Wohnräumen mit Wachskerzen oder Talglichtern, während die Verwendung von Kienspänen und Pechfackeln nur außerhalb der Gebäude, auf Höfen und in Gassen in Betracht kam. Die Grundform aller späteren Lampen bildete die Kollampe des Hieronymus Cardanus um 1550. Sie war mit einem schweren Boden in einen Ring gehängt, der mittelst beweglicher Zapfen in einem zweiten Ring ankerte, so daß auch bei plötzlicher Lageveränderung der Docht stets nach oben gekehrt war. Im 17. Jahrhundert konstruierten dann Rob. Boyle und Christoph Sturm Lampen mit einem hohlen Schirm über der Flamme. Das Licht war dabei auf einen bestimmten Ort eingestellt: Die Arbeits- oder Studierlampe des Gelehrten war geschaffen. Die spätere, im Jahre 1744, von Segner in Göttingen angefertigte Lampe war ähnlich, verbreitete jedoch nur mäßige Helligkeit und nur kleinen Umkreis. Ein innen weiß lackierter Blechschirm half ein wenig nach.

Bislang hatte man sich mit einem gewöhnlichen dünnen Dochte begnügt, eine bedeutende Verbesserung trat durch die Verflachung des Dochtes ein, die der Flamme mehr Körperlichkeit verlieh. Da sie nun aber in der Mitte anfing zu rauchen, machte Argand (um 1780) den Docht zylindrisch und hohl; er leitete ferner die Luft, deren freier geregelter Zugang ein Haupterfordernis des guten Brennens ist, mitten in die Flamme. Um diese noch mehr mit Luft zu versorgen und zugleich das Flackern zu beseitigen, auch den Rauch verzehren zu helfen, setzte Argand einen Glascylinder über die Flamme; ein Schirm auf einer Seite angebracht, verursachte, daß die größtmögliche Menge des Lichts nach einer Richtung strahlte. Sowohl die Argandsche Lampe, bei der das Oelgefäß hinter dem Schirm oder Spiegel stand. Eine weitere Verbesserung war die Beigabe eines Fußes, der es ermöglichte, die Lampe auf einen Tisch zu stellen. Das Oelgefäß erhielt Kreisform; ein Schirm von Glas, Milchglas, Blech, später von dünnem Porzellan oder von Papier, bedeckte die Lampe von oben her. So hatte man allmählich ein sehr helles Licht nach unten geworfen, was zum Arbeiten, insbesondere Lesen, sehr zweckmäßig war. Da aber noch immer das übrige Zimmer arg im Dunkeln lag, war jener schroffe Wechsel den Augen wenig zuträglich. Der Mechaniker Hoffmann in Leipzig schnitt daher ein Stück aus dem Schirm, wodurch die Gegenstände dahinter jetzt besser beleuchtet wurden; auch erfand er eine Pumpe, die durch einen sanften Druck das verbrannte Oel durch frisches ersetzte.

Trotz dieser fortschreitenden Vervollkommnungen, die ergänzt wurden durch solche an Schirm, Spiegel und Zylinder, war die Lampe noch lange ein mangelhaftes Gerät, da die Flamme, wenn nicht aufgepaßt wurde, leicht rußte und rauchte, außerdem einen üblen Geruch verbreitete. Kein Wunder, wenn unter diesen Mißständen in vielen Familien jener „guten alten Zeit" weiterhin die Wachskerzen bevorzugt wurden. Freilich ließen auch sie nicht selten im Stich. Gustav Freytag erzählt, daß er selbst noch in seiner Jugend gelernt habe, „Lichte in Zinnformen zu gießen, denn damals gab es noch kein Stearin, und die Putzscheere war ein unentbehrliches Werkzeug, dessen Handhabung durch die Kinder den Abendbesuch in plötzliche Finsternis setzte." Das habe indes nicht sehr gestört, berichtet Freytag weiter, „man zündete das Licht in der Küche mit Schwefelfäden und Zinkfeuerzeug wieder an." Ob man diese Gemütsruhe wohl heute noch aufzubringen imstande wäre?

Erst das Aufblühen von Naturwissenschaft und Technik, nicht zuletzt der Chemie, vermochte eine idealere Beleuchtung zu schaffen, sowohl in Innenräumen wie auf Plätzen und Straßen. Der verwöhnte Mensch unserer Tage kann sich keinen Begriff mehr machen, wie unsere Vorfahren mit ihren kärglichen Lichtquellen haben auskommen können. Unsere Verwunderung steigert sich, wenn man berücksichtigt, wie viel „Feinarbeit" in jedem Betracht damals in den trübe erhellten Beleuchtungen geleistet worden ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Boschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Bekanntmachung.

Am 12. ds. Mts. treten folgende Fahrpreise in Kraft:

1 Teilstrecke 1.— Mark, steigend um je 30 Pfg. Wochenkarten 2 Teilstrecken 8.— Mark, steigend um je 2 Mark. Monatskarten 2 Teilstrecken 60.— Mark, 3 Teilstrecken 65.—, steigend um je 10.— Mark, 7 Teilstrecken 100.— Mark, 8 Teilstrecken 105.— Mark, ganze Strecke 110.— Mark. — Samstag ab 6 Uhr und Sonntags 30 Pfg. Aufschlag.

Die noch vorrätigen Wochenkarten sind bis zum 19. ds. Monats gegen Erstattung des bisherigen Preises im Zigarrengeschäft Weinberg, Gevelsberg, Mittelstr., bei Herrn Lenz in der Realschule oder auf unserm Büro in Milspe zurückzuliefern. Nach diesem Zeitpunkt findet keine Vergütung mehr statt.

Milspe, den 7. November 1921.

Elektrische Straßenbahn Gevelsberg — Milspe — Voerde.

Die Aerzte des Kreises Schwelm

sind durch die fortschreitende Teuerung gezwungen, eine weitere

Erhöhung ihrer Mindestgebühren

vorzunehmen. Aus dem gleichen Grunde sind sie auch nicht in der Lage, die Sätze der Preußischen Gebührenordnung als für sich bindend, anzuerkennen.

Der Vorstand des Vereins der Aerzte des Kreises Schwelm.

Die hiesige Schuhmacher-Innung

sieht sich genötigt, wegen der anhaltenden Steigerung der Lederpreise folgende Mindestpreise festzusetzen:

Herren-Sohlen und Absätze . . Mk. 70.
Damen-Sohlen „ „ . . „ 58.—
Genähte Sohlen Mk. 10.— mehr.



Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 8 Uhr:

Menschliche Hyänen

Detektivschlager in 5 Akten.
Eine an Spannung reiche abenteuerliche Handlung.

Die Maske des Indianers.

Wild-West-Sensation in fünf ereignisreichen, spannenden Akten.

Dazu ein Lustspiel.

---

360 Frauen

Das neue Lustspiel in 3 Akten von Wenzel.

Sonntag, 13. November, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Hause":

2. Gastspiel der ersten rhein.-westf. Schauspielgesellschaft.

Künstlerische Leitung: Alfred Geyer-Morell.

360 Frauen

Ia. Nußkohlen, Hausbrandkohlen

liefert prompt franko Haus

C. Westermann, Kohlenhandlung.

Telephon 766. Telephon 766.

Achtung! Achtung!

Fabrikanten Kaufleute

beziehen ihre

Büro-Möbel Büro-Einrichtungen Büro-Maschinen

äußerst preiswert bei

Schlemmer & Kesper,

Hagener Str. 91. Gevelsberg Telefon 982.

Eigene Reparatur-Werkstatt für Büromaschinen.

Fragen Sie, welche Weltfirma Sie wollen,

stets werden Sie erfahren, daß die größten Firmen nur der Reklame ihr Aufblühen verdanken! Für Anzeigen jeglicher Art ist die „Gevelsberger Zeitung" wegen ihrer großen Verbreitung in allen Schichten der Bevölkerung ein vorzügl. Insertionsorgan.

J. C. KÖNIG & EBHARDT
GESCHÄFTSBUCHFABRIK
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG
HANNOVER



Niederlage und Allein-Vertretung für Gevelsberg und Umgebung

Adolf Strathmann

Inh.: J. Knappe

GEVELSBERG, Mittelstr. 47

Fernsprecher 509.

Gevelsberg oder Milspe.

2 anständige Leute suchen einzel oder zusammen für 2½ Woche

Logis

mit oder ohne Beköstigung.

Briefe unter **Nr. 147 sofort** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Beschwerden

über unregelmäßige Zustellung der Zeitung bitten wir direkt an die Geschäftsstelle zu richten.

Gevelsberger Zeitung.

Regenschirme und Spazierstöcke

elegant, solide, preiswert empfiehlt

H. Horn

Mittelstr. 73.

Sämtl. Reparaturen.

Erstkl. Nähmaschinen,

Fabrikat der gesetzl. deutsch. Nähmasch.-Fabrik kaufen Sie preiswert unter Garantie im

Hagener Maschinenlager

Mauerstr. 1. Ecke Langestr.

Eintausch alter Maschinen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Fachmann nach Ueberkunft. Kostenlose Zusendung von Katalogen und Preislisten.

Spiritus-Kochplatte, Zerstäubungs (Inhalations-) Apparat zu verkaufen.

Briefe erbeten unter B. G. 44 an die Geschst.

Grün emaill. Ofen zu verkaufen.

Hohlinghauser Str. 109½.

Evangl. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Evangelische Gemeindeglieder! Denkt an die

Sammlung

für die

neuen Glocken!

Die Sammlung in den verschiedenen Bezirken soll möglichst bis **Sonnabend, den 12. November** abgeschlossen sein. Einzahlungen bei der Sparkasse Gevelsberg auf Giro-Nr. 609.

Sparkasse der Stadt Gevelsberg und des Amtes Ennepe

zu Gevelsberg.

Kassenstunden: 8—1 Uhr.

Reichsbankgirokonto — Konto bei der Landesbank in Münster, Postscheckkonto Cöln Nr. 16767 und Hannover Nr. 57603.

Hauptstelle: Gevelsberg, Rathaus, Zimmer 8. Fernspr. 400.
Zweigstelle: Vogelsang, Hagener Str. 816, Fernspr. 907.
Zweigstelle: Milspe, Voerder Str. 21. Fernsprecher 751.

Annahme von Spareinlagen bei täglicher Verzinsung. Anlagestelle für Mündelgelder. Ausgabe von Heimsparbüchsen. Einziehung von Spareinlagen.

Eröffnung von Depositen- und Konto-Korrent-Konten mit Giro- und Scheckverkehr und Kreditgewährung gegen Sicherstellung. Ausführung von Daueraufträgen, gebührenfreie Zahlung von Steuern, Mieten, Schulgeld und dergl. für Girokunden.

Einziehung von Schecks und Wechseln. Ausgabe von Reisekreditbriefen. Stellung von Accreditiven.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und verschlossene Depots). An- und Verkauf von Wertpapieren, Vermietung von Schrankfächern.

Beleihung von Wertpapieren und Sparbüchern.

Ausgabe von Hypotheken-, Faustpfand- und Bürgschafts-Darlehen.

Maurer

gesucht.

Heinrich Westebbe Nachf., Mylinghauser Str. 16.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen

Packerlehrling.

Dörken Söhne,
Hagener Straße 26.

Suche für meinen Geschäftshaushalt eine tüchtige

Haushälterin,

nicht über 28 Jahre. Briefe unter 200 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Ordentlicher Mann erhält

Kost u. Logis.

Zu erfr. in der Geschst.

Hiesiges Exportgeschäft sucht für sofort

Fräulein,

ausgebildet in Stenographie und Maschinenschreiben, keine Anfängerin, zur gleichzeitigen Bedienung des Telefons.

Briefe unter D. 250 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junges, zuverlässiges

Mädchen,

welches zu Hause schlafen kann, für sofort gesucht.

Meldungen Mittelstr. 28.

Guterh. Anricht, Tisch und 1 Ueberzieher zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsst.

Bandonium

zu verkaufen.

Näh. in der Geschäftsst.



Henko

Henkel's Bleich-Soda

Geldtasche mit Inhalt

verloren.

Wiederbringer erhält Belohnung.

Neustraße 1 part.

Prachtvolle

Pelze

diese noch **ohne Preiserhöhung!**

Nicht wieder-kehrende Gelegenheit! Weil u. da wir sind wir in der

billigen Preise u. strenge Reellität

bekannt!

Schwarze u. farb. Pelze auf Seide gearbeitet von **79.— an**

Frauen-Kragen große Form von **98.— an**

Seal-Kragen hoch modern v. **295.— an**

Echte Füchse in allen Preislg. von **395.— an**

Silber- u. Kreuzfüchse wunderb. Felle von **695.— an**

Muffs i. all. Pellarten von **75.— an**

Echte Skunkse sowie alle Pellarten äußerst preiswert!

Pelzhüte, kleidsamste Formen, unverwüstlich . . von **75.— an**

Reisevergütung bis 10.— Mk. bei Einkauf von 200.— Mark an.

Jeden Samstag bis zur Dunkelheit geschlossen.

Matilde Simon

Elberfeld, **Herzogstr. 30** 1. Stock, gegenüb. d. Bankstr.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Heute abend ½9 Uhr **Bibelstunde** im Vereinshause. P. Schlosmann.

Morgen nachm. 3 Uhr **Bibelstunde** für Frauen, im Klosterhof Schw. Wilhelmine.

Heute abend ½9 Uhr **Bibelabend** im Betsaal Hause: P. Blätzer.

Mittwoch abend 8 Uhr **Unterhaltungsabend** der Vereinsabteilung Hasslinghauser Straße (Buskerei).

Donnerstag abend 8½ Uhr **Bibelstunde** Wittener Straße 118 (Lichtenstein).

Ofen zu verkaufen. Näheres Wittener Straße 27, part.

Verlangen Sie stets Original ½ Pfd.-Packete.



Ein Wohlgeruch das Haus durchzieht, wird Kikuth-Kaffee aufgebrüht!